411 Stadt.Bibliothek S 839

Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.45 und 0.90 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 183. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 8. August 1933. | 15. Jahrgang.

Die Leute sind sehr schwer zu vertragen,
Die nie etwas wagen,
Ohne zu fragen:
Was werden die Leute dazu sagen?

Immer wieder Locarno im Südosten.

von Walter E. Brell.

Am Anfang war das richtige Locarno — in der Schweiz. Von ihm ist nichts übrig geblieben als die Erinnerung an seine geistigen Urheber, Stresemann und Briand, und der wohlklingende Name. Nur im Osten Europas geistert das Locarno-Schlagwort herum und bringt in regelmäßigen Abständen Ableger zur Welt, an denen sich Diplomaten und Staatsmänner ein Weilchen erfreuen, bis der jeweilige Lorarno-Pakt in der großen Vertragstruhe beim Völkerbundsekretariat verschwindet und niemand mehr an ihn denkt. Wer bisher von den europäischen Staatsmännern „locarnistisch" tätig war, hat wenigstens das Glück gehabt, daß er nicht die Feuerprobe der Vertragspapiere erleben mußte.

Zurzeit wird wieder im Osten Europas nach Kräften locarnisiert. Der Londoner Ostpakt ist ja schließlich auch ein Rückenversicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit. Ihm voraus gingen zwei balkanische Locarno-Vorschläge, der eine entsprang den Köpfen der Kleinen Entente-Staatsmänner, der andere wurde in Angora erfunden. In beiden Fällen scheiterte er an der Ablehnung Bulgariens, das sich nicht entschließen kann, irgendein internationales Vertragswerk zu unterschreiben, ganz im Gegensatz zu anderen Staaten, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen wollen, möglichst viele Verträge zu unterzeichnen, zum Beweis ihrer Friedensliebe, weil ja alle seit 1919 geschlossenen Verträge der Erhaltung des Friedens zu dienen vorgeben.

Zunächst also wollte die Kleine Entente mit einem Locarno-Vertrag auf diese Weise Ordnung in die Balkanstreitigkeiten bringen. Vertragslos und ungebunden ist Bulgarien — bis auf seinen harmlosen Freundschaftsvertrag mit der Türkei. Es liegt dafür wegen der höchst brenzligen mazedonischen Frage mit Jugoslawien in ewigem Hader, lebt aber, trotz einiger Minderheitenschmerzen und dem großen dobrudschanischen Gebietsverlust in freundschaftlichen Beziehungen zu Rumänien und unterhält geradezu herzliche Beziehungen zur Tschecho-Slowakei und zu Polen. Bulgarien wurde nun der Vorschlag gemacht, mit den genannten Staaten der Kleinen Entente einen Vertrag ähnlich dem Londoner Ostpakt zu schließen, was zweifellos den Sinn gehabt hätte, Bulgarien an die Kleine Entente und damit an Frankreich zu ketten. Bulgarien lehnte ab, nicht weil es an Leuten fehlt, die 1918 vergessen haben und an Frankreichs „Friedensliebe" glauben, sondern weil es der Regierung nicht einfallen konnte, mit den Nachbarn-Kriegsgewinnlern einen Vertrag zu schließen, der eine neue Verankerung des Nachkriegszustandes mit seinen Gebietsverlusten für Bulgarien bringt.

Gleichzeitig lehnte Bulgarien aber auch einen türkischen Locarno-Vorschlag ab, der auf das alte italienische Mittelmeer-Aegäis-Locarno hinausläuft: zwischen Türkei, Griechenland und Bulgarien sollte eine Dreiheit entstehen, ebenfalls mit gegenseitiger Grenzsicherung. Da aber auch Griechenland am Ende des Weltkrieges in den Besitz bulgarischen Gebietes gekommen ist, hat man es in Sofia, bei allem Willen zu freudschaftlichem Zusammenleben mit beiden Staaten, für richtig gefunden, keine Unterschrift zu leisten, die doch wieder auf eine Anerkennung des in den bugarischen Herzen niemals anerkannten Regelungen von Neuilly hinauslaufen wäre.

Nun ist glücklich der dritte Locarno-Vorschlag da! Wieder geht er auf türkische Einwirkungen zurück, besonders auf die rührige Tätigkeit des türkischen Außenministers Tewfik Rüschdi Bey, mit dem es an geschäftigen Reisen und Vertragsunterzeichnungen nur noch Herr Benesch aufnehmen kann. Es handelt sich um den sogenannten Schwarzen Meer-Pakt, an dem sich Rußland, Rumänien, Bulgarien, die Türkei und Griechenland beteiligen sollen. Die Besprechungen, die Rüschdi Bey in Rom mit Mussolini und den Gesandten Bulgariens und Griechenlands hatte, sowie sein Aufenthalt in Athen, galten den Vorbereitungen dieses Paktes, der vor allem daraufhin zielt, die im Lausanner Vertrag begründeten militärischen Beschränkungen über die Meerengenherrschaft der Türkei aufzuheben.

Im Frieden von Lausanne, den die Türkei am 23. Juli 1923 mit Griechenland und den Alliierten schloß, wurde ihr die entmilitarisierte Zone von 20 km Tiefe zu beiden Seiten des Bosporus und der Dardanellen auferlegt. Eine Meerengenkommission hat darüber zu wachen, sowie auch darüber, daß fremde Kriegsschiffe in Friedenszeiten nur in beschränkten Einheiten und Verbänden die Meerengen durchfahren. Es hat an Anzeichen in den vergangenen Jahren nicht gefehlt, daß die Türkei darauf hinarbeitet, die volle Herrschaft über die Meerengen zu erhalten. Jetzt scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, da die Türkei die letzten Fesseln sprengt. So ist der Gedanke an ein Schwarz-Meer-Abkommen entstanden, der auch den Seefronten der Anliegerstaaten gleiche Rechte und ewige gegenseitige Achtung der Grenzen sichern soll.

Obwohl Griechenland kein Anliegerstaat des Schwarzen Meeres, wohl aber der Dardanellen — durch die vorgelagerten Inseln Lemnos und Samothrake — ist und überdies die blau-weiße griechische Flagge den Seehandel im Schwarzen Meer und auf der unteren Donau beherrscht ist es eingeladen, an diesem Pakt teilzunehmen. Die herzlichen, durch mehrfache Verträge unterstrichenen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei, die im Herbst durch einen Staatsbesuch des griechischen Ministerpräsidenten, der von den Ministern des Aeußeren und der Wirtschaft begleitet wird, erneut betont wird, machen es verständlich, daß Griechenland schon jetzt bereit ist, an diesem Locarno mitzuwirken. Die Sowjets sind natürlich auch dafür — man geht nicht zu weit, wenn man annimmt, daß sie sogar ein treibendes Element bilden, um, gedeckt durch die türkische Freundschaft und einer Besserung der Beziehungen zu Rumänien entgegengehend, für ihre Kriegsschiffe freie Durchfahrt nach dem offenen Meer zu haben.

Die türkischen Vorarbeiten zu diesem Pakt sind noch nicht abgeschlossen. Ihnen werden einige Ministerbesuche im Herbst auf dem Balkan gewidmet sein. In Sofia und Angora wird der rumänische Außenminister Titulescu erwartet, in Sofia hat sich auch der türkische Ministerpräsident Ismet Pascha angesagt und im Oktober wird sich Angora für sowjetrussischen Staatsbesuch rüsten. Vermutlich liegt der Türkei daran, die Feierlichkeiten anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr der Ausrufung der Republik mit dem vollendeten Schwarzen-Meer-Locarno zu verbinden, zumal zum Fest des 10. Oktober in Angora Sondergesandtschaften aus allen Nachbarstaaten erwartet werden.

Wenn die Beteiligung der ins Auge gefaßten, am Schwarzen Meer und den Dardanellen als Nachbarn interessierten Staaten als sicher betrachtet werden kann, so verhält es sich wesentlich anders mit der Meinung der Großmächte. Als der türkische Delegierte bei der Abrüstungskonferenz, Djemal Hüsni Bey, von der Aufhebung der Entmilitarisierungsbestimmungen hinsichtlich der Meerengen zu reden begann, wurde sogleich der englische Widerspruch laut. England sieht die große Gefahr, daß die Durchfahrt der roten Flotte durch die Meerengen durch türkische Befestigungen gedeckt und nicht wie früher verhindert wird. Frankreich dagegen befürchtet eine Art Revision, die darin liegen würde, daß ein Teil des Lausanner Friedensvertrages geändert wird, denn das Meerengen-Statut stellt ja einen Teil dieses Vertrages dar.

Es wird somit äußerst reizvoll sein, zu beobachten, wie sich Frankreich, das den Londoner Ostpakt mitgeschoben hat „weil er dem Frieden dient", zu seinem zweiten Ostpakt verhalten wird, der auch dem Frieden dienen soll, der aber mit Frankreichs Interessen nicht in Einklang zu bringen sein wird. Schon aus dem Grunde nicht, weil Italien von der Sowjetmacht im Südosten nichts zu befürchten hat und darum diesem neuen Ostpakt freundlich gegenübersteht. Zudem hat Italien schon einige Male durch Fliegerbesuche (General Balbos Geschwaderflug nach Odessa) und durch Kriegsschiffbesuche im Schwarzen Meer und in russischen Häfen das freundschaftliche Interesse an diesem Gebiet bekundet, während England dabei ist, mit rumänischer Hilfe einen Unterseebootshafen und einen Flottenstützpunkt beim rumänischen Kriegshafen Konstantza einzurichten. Die Verhandlungen um das Schwarze Meer-Locarno werden darum nicht weniger interessante Probleme in Bewegung bringen, als der Londoner Ostpakt.

Britendämmerung?

Um den Bestand des britischen Weltreiches.

Von Atlanticus.

Seit fünfzehn Jahren ist das Auseinanderfallen des britischen Imperiums immer wieder prophezeit worden. Bis heute aber hat dieses gewaltige Weltreich immer noch zusammengehalten werden können, so stark auch die auseinanderstrebenden Kräfte in den verschiedenen Teilen des Reiches sich bemerkbar machten. Durch vorsichtiges Kreuzen auf dem wildbewegten Meer widerstreitender Interessen, dabei aber niemals den Generalkurs aus den Augen lassend, haben die verschiedenen Regierungen der britischen Krone es immer wieder verstanden, das Reichsschiff wohlbehalten in den Hafen zu bringen.

Die verschiedenen Reichskonferenzen, seit Kriegsende eine stehende Einrichtung geworden, endeten immer noch mit einem halbwegs positiven Ergebnis. Die einzige Ausnahme waren die „Konferenzen am runden Tisch" mit dem wichtigsten Bestandteil des Imperiums, mit Indien. Ihre Ergebnisse konnten weder England noch Indien befriedigen. Dabei ist es bislang geblieben und wird vermutlich weiter so bleiben, jedenfalls solange die „Befreiung Indiens" nicht mit anderen Mitteln betrieben wird als bisher.

Der bisher glimpfliche Ausgang der britischen Weltreichskonferenzen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eines Tages doch zu einer Spaltung kommen könnte, die freilich weniger von politischen als von wirtschaftlichen Maßnahmen ihren Ausgang nehmen dürfte, wenn es nicht auch in England noch rechtzeitig genug gelingt, das Primat der Politik über die Wirtschaft und deren Herrschaftsanspruch sicher zu stellen. Einen kleinen Hinweis auf das immerhin mögliche Ende, oder besser gesagt, den Anfang vom Ende, gab die Auseinandersetzung zwischen den britischen und kanadischen Vertretern gelegentlich der ruhm- und ergebnislos beendeten Weltwirtschaftskonferenz. Es handelte sich darum festzustellen, ob im Verlaufe des Währungsduells zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika sich der kanadische Dollar an das englische Pfund Sterling anhängen wollte oder an den USA-Dollar. Die Sache endete schließlich damit, daß durch die Hergabe einer Währungsanleihe an Kanada London die Gefahr einer — wenn auch zunächst nur wirtschaftlichen — Lockerung des Weltreichsgefüges vorerst abwendet. Die im Verlauf der Auseinandersetzung sonst noch gegenseitig geäußerten Unfreundlichkeiten können hier außer acht bleiben, sie haben auf das Resultat keinen Einfluß ausgeübt. Jedenfalls zeigt das Geschehen auf dem Nebenkriegsschauplatz der Wirtschaftskonferenz deutlich genug, wieviel davon abhängt, daß die Interessen des britischen Imperiums energischer und fester geleitet werden, als es in den letzten Jahren geschehen ist.

Kaum war die „kanadische Gefahr abgebogen", als aus einem anderen Wetterwinkel ein neues Unwetter angezeigt wurde. Gandhi hatte im allindischen Kongreß erleben müssen, daß die frühere Gefolgschaft erheblich verkleinert war. Die Mehrzahl seiner früheren Anhänger haben doch wohl eingesehen, daß die Politik Gandhis nicht imstande ist, die „Befreiung Indiens" herbeizuführen. Um eine Probe zu machen, wie groß wohl noch sein Anhang bei der indischen Bevölkerung sei, erklärte darauf Gandhi mit einigen dreißig seiner Getreuen einen Propaganda-Marsch von Dorf zu Dorf antreten zu wollen, um überall für den „individuellen Ungehorsam" zu werben. Der Vizekönig Lord Willingdon, der nicht die Langmut seiner Vorgänger zeigt, ließ Gandhi samt seinen Getreuen kurzerhand festsetzen — der Spuk war aus. Lord Willingdon hat sich überhaupt als ein Mann gezeigt, der wohl weiß, daß es nicht den Interessen dient, die er wahrzunehmen hat, wenn er sich auf nutzlose Palaver einließe. Die mehrfachen Versuche Gandhis und seiner Abgesandten, über die Streitfragen der Selbstregierung zu verhandeln, hat er ein für allemal damit beantwortet, daß von Verhandlungen darüber gar keine Rede sein könne, solange nicht unzweideutig jegliche Agitation für Ungehorsam aufgehört habe.

Nun hat zweifellos Gandhi längst nicht mehr den Einfluß in den ihm früher ergebenen Landesteilen, den er

ag, 6. August 1933
en Nation! Denkt die im Geiste in an Deutschland!
ert, Lehrer
agen im Stabe
nes 253.
achrichten.
auf dem Rat- August 1933) um Bethel-Posaunen- folgende Weisen: Mel. Schop. 1641, einem Wort. Mel. n und sei stille... ge nicht, du Häuf- nsatz Kuhlo. Wo O liebster Pilgrim Kuhlo. Nun sich 360, Tonsatz Kuhlo.
ch Kassel fährt,
en, denen von der reuther Festspielen auch der Schüler del.
alb immer vor Be- oll Henko, Henkels verrühren, und das erbar weiches Wasch-
hildesche. 8 Uhr vorm.: Früh- n.: Hauptgottesdienst, er); 1½ Uhr nachm.:
sblatt angegebenen itatis in allen drei predigt werden.
onntag abend: Ver-
ag morgen 8,30 Uhr olkshalle. Bundes- drer zwischen zwei
und Weltpolitik: Dr. n Bethel. Zuschriften fach 28. Für Geld- 7, „Aufwärts", Christ- rnruf 3911/3919, Amt nstalt Bethel.
anerwachs und trittfest. sparsam im 0-Pfd.-Eimer Mk. 5,— franko z, Hamburg 36, Fach 261 A.
gust befindet sich die erei Hübner dstraße 22 the Klosterplatz
lsaum und Zickzack gewartet werden.
ienen- atto Mk. 8,90 resp. Lindenöl Mk. 10,50 Rachs. 20 Pfg. König-Krieger, Soest-Land 2a Honig
– Heilung im Wildungen
er Kuren ohne Kurtaxe. h Direktor Goßmann shöhe) gegen alle Krank- nshäuser. Badehaus ssagen. Vegetarische und aft, waldiger Südabhang. Prospekt. vangelische Gemeinschaft.
ratur
eder Optiker rnruf 1012 rsloher-Straße 14
Bad Wildungen Land lm, Waldecker Schweiz henbad, Liegehalle. Bäder. ngabe dieser Zeitung frei.

einstmals besaß. Man muß dabei die Mentalität der Orientalen in Betracht ziehen, der es unfaßbar erscheint, daß der Himmel nicht einstürzt, wenn die irdische Macht einen „Heiligen" einfach ins Gefängnis wirft. Dazu kommt, daß die bewußt revolutionär Handelnden längst mit Gandhi gebrochen haben, dessen Prinzip der „Ueberwältigung durch Leiden" sie als lächerlich hinstellten und die nun ihrerseits zu den Mitteln aller Revolutionäre griffen, zu Dolchen, Bomben und, soweit zu erlangen, zum Schießgewehr.

Gleichzeitig mit einer im südlichsten Teil Vorderindiens, in Madras, aufgedeckten Verschwörung brach in der Nordwestprovinz ein Aufstand aus. Diese Nordwestprovinz ist ein alter Unruhherd, wo eigentlich immerwährend etwas los ist. Es scheint dieses Mal doch etwas ernster als sonst zu sein. Um des Prestiges willen mußte die Regierung schon eingreifen, denn sie durfte nicht länger zusehen, daß der englandfreundliche Stamm der Halimzei von den feindlichen Bazauris drangsaliert wurde. Es war schon mehr als genug damit hausiert worden, daß „die Regierung ihre Freunde ganz gemächlich den Feinden überließe, um letztere nicht noch mehr zu reizen." Lord Willingdon hat mit dieser Praxis seiner beiden letzten Vorgänger gebrochen, wie er sich überhaupt als ein Mann gezeigt hat, der aus langjähriger Erfahrung genau weiß, wie er Indien beruhigen kann. In der Nordwestprovinz trieb auch ein Aufrührer, den man den „tollen Mullah" nennt, sein Unwesen. Er, der nebenbei auch Anspruch auf den afghanischen Thron erhebt, konnte ungehindert bislang seine revolutionäre Propaganda in dieser Wetterecke treiben und die ihm ergebenen Stämme im Bandenkrieg ausbilden. Die Bajauri weigerten sich, dem Verlangen der Regierung nachzukommen und den tollen Mullah auszuliefern. Nachdem sie verwarnt waren, hat man jetzt einige Dörfer mit Bomben belegen lassen, um ihnen zu zeigen, daß es der Regierung tatsächlich Ernst mit der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ist.

Während im Nordwesten der Feldzug gegen die Aufrührer weiter geht — es sind einige Bataillone indischer Truppen außer den Bombenflugzeugen eingesetzt, hat man in Madras das Hauptquartier der Geheimgesellschaft ausgeräuchert, und auch das Arsenal entdeckt, wo Bomben hergestellt wurden, um damit die führenden englischen Beamten und die Regierungsgebäude in die Luft zu sprengen. Es ist also infolge energischen Zupackens gelungen, noch vor Beginn einer groß angelegten Aktion das Zentrum der Aufstandsbewegung lahmzulegen. Mit der „Losreißung Indiens" ist es also wieder einmal nichts, und solange England noch über Sachwalter verfügt, wie Lord Willingdon einer ist, wird die Rechnung des Auseinanderfallens des britischen Weltreiches über Indien nicht aufgehen.

Eine andere Frage ist freilich die, ob das Weltreich nicht über das wirtschaftliche Chaos auseinanderbrechen wird. Die Bemühungen, einmal durch die Ottawaer Entschließungen wenigstens einen allbritischen Wirtschaftsblock zu schaffen, der allen Stürmen standzuhalten in der Lage sei, scheint ebensowenig Tatsache geworden zu sein, wie der Versuch vergeblich war, durch eine Weltwirtschaftskonferenz die Bürden der Lage auf die „anderen" abzuschieben. Das liegt indessen weniger an dem guten oder weniger guten Willen oder der Geschicklichkeit der Konferenzteilnehmer in Ottawa und London, als den Verhältnissen selbst, die nicht mehr durch die Spielregeln der alten Wirtschaftsregeldetrie gemeistert werden können, sondern einzig und allein durch beherzte Abkehr von Methoden, die heute überlebt sind. Daß man das auch in England eingesehen haben muß, darauf deuten die Wirtschaftsverhandlungen zwischen England und Japan hin, die zwar nur die Beseitigung des unhaltbaren und für beide Teile mörderischen Dumpingfeldzuges bezwecken, aber doch die Abkehr von dem Irrwahn sind, man könne die „Weltnöte" anders lösen als durch zielbewußte Ordnung zunächst der eigenen Verhältnisse. Wenn dann obendrein die überalterte Regierungsmaschinerie Englands die so bitter notwendige Verjüngung erfährt, wenn auch auf politischem Gebiet das Ueberlebte abgestoßen wird, so wird von einer Britendämmerung nicht mehr gesprochen werden können.

Vermehrte Beschäftigung

Die Zunahme der Beschäftigten hat bereits die zweite Million überschritten.

Die Beschäftigenzahl vom 30. Juni 1933, die mit 13 378 000 um 1,9 Millionen höher ist als die von den Krankenkassen Ende Januar errechnete Zahl von 11 487 000, bestätigt die von den maßgebenden Stellen im vergangenen Monat gegebene Prognose, daß der tatsächliche Rückgang der Arbeitslosen zwei Millionen erreichen, wenn nicht übersteigen wird, denn die an diesen zwei Millionen noch fehlenden 100 000 sind inzwischen längst in Arbeit und Brot gebracht worden. Bemerkenswert ist auch ein Vergleich dieser Beschäftigtenzahlen des vorigen und des gegenwärtigen Jahres.

Es ergibt sich, daß in diesem Jahre nicht nur die in der Januarberechnung liegende Differenz gegenüber dem Vorjahr von rund 600 000 bis zum Juni aufgeholt worden ist, sondern darüber hinaus noch weitere rund 600 000 Personen mehr in den Arbeitsprozeß zurückgeführt werden konnten.

Wie sehr man die Erfolge der Reichsregierung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung auch im Auslande zu würdigen weiß, zeigte eine Auslassung der „Neuen Zürcher Zeitung", in der es heißt, der große Schwung, mit dem die von Adolf Hitler geführte Reichsregierung an die Bewältigung des Arbeitslosenproblems herangehe, habe die Hoffnung der deutschen Bevölkerung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich verstärkt.

Die Reichsregierung mache alle Anstrengungen, um die Arbeitslosigkeit niederzuzwingen, die in ihrer Totalität dem Volke stärker an die Nieren gehe als alles andere. Hierbei zeichne sich eine Umwandlung der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands ab, eine Umschichtung seiner Bevölkerung, die soweit als möglich aus dem übersteigerten Industriestaat wieder einen mehr bäuerlich fundierten Staat machen werde. Anerkennend hebt das Blatt insbesondere auch die Maßnahmen der Reichsregierung hervor, die der Beruhigung des Wirtschaftslebens dienen. Hinter Hitlers Werk ständen nicht nur die Machtmittel des Staates, die Organisationen der NSDAP., das Vertrauen einer gläubigen Millionengefolgschaft, sondern auch die große Schar der Intellektuellen, die heute in Hitler, der mit einem heißen Herzen einen kühlen Kopf verbinde, den berufenen Führer sähen.

200 000 Landhelfer

Bereitstellung neuer Reichsmittel.

Die zuständigen Reichsstellen haben der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung neue Mittel zur Verfügung gestellt, wodurch die Reichsanstalt in die Lage versetzt wird, die Zahl der Landhelfer, die sich im Juli auf ungefähr 145 000 stellte, auf insgesamt 200 000 zu erhöhen.

Der Reichsanstalt ist es damit ermöglicht worden, weiteren 55 000 jugendlichen Erwerbslosen zu Lohn und Brot auf dem Lande zu verhelfen.

Da jedoch der Ansturm außerordentlich stark ist, hat die Reichsanstalt feste Kontingente festgesetzt. So wurde das Kontingent für Ostpreußen, wo bisher etwa 20 000 Landhelfer untergebracht waren, auf 28 000 erhöht. Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg, in dem bisher rund 10 000 Landhelfer eingesetzt waren, ist das Kontingent auf 14 000 benannt worden. Hinsichtlich der Aufwendungen ist im Sommer ein Höchstsatz von etwa 25 Mark pro Monat für männliche Landhelfer und etwa 20 Mark für weibliche Landhelfer vorgesehen. Der Durchschnittssatz dürfte bei rund 22 Mark liegen. Die Höchstsätze für den Winter werden entsprechend den dann niedrigeren Lohnsätzen ermäßigt, sie dürften 18,50 RM für weibliche und 23 RM für männliche Landhelfer im Höchstfalle betragen.

Der Führer des steierischen Heimatschutzes verhaftet. Der Führer des steierischen Heimatschutzes, Kammerhofer, ist in Bruck a. d. Mur, wo er eine Rede hielt, verhaftet und zu vier Wochen Arrest verurteilt worden.

Die Welt hört Bayreuth

Ansprache des Reichsministers Dr. Goebbels in der „Meistersinger"-Uebertragung.

Die Bayreuther Festvorstellung der „Meistersinger" wurde von allen deutschen Sendern übertragen und zu einer Weltsendung ausgestaltet. Während der Uebertragung hatten in den Nachbarstaaten zahlreiche Hörer die deutschen Sender eingestellt. Darüber hinaus wurden durch Uebertragung auf ausländische Sender und durch die Richtstrahler des deutschen Kurzwellensenders schätzungsweise fünf Millionen Hörer im Auslande erfaßt. Das Hauptkontingent stellte Südamerika mit über vier Millionen angeschlossenen Hörern in Brasilien, Argentinien und Uruguay. In Frankreich wurden 13 Sender mit vorsichtig gerechnet 500 000 Hörern, in Italien 7 Sender mit 330 000 Hörern, in Jugoslawien drei Sender mit 33 500 Hörern erfaßt.

In der ersten Pause sprach Reichsminister Dr. Goebbels über das Thema „Richard Wagner und das Kunstempfinden unserer Zeit". Anschließend wurde die Rede, die gleichfalls in das Ausland übertragen wurde, in Englisch, Französisch und Italienisch übersetzt.

In seiner Rede betonte Minister Dr. Goebbels, es gebe wohl kein Werk in der gesamten Musikliteratur des deutschen Volkes, das unserer Zeit und ihren seelischen und geistigen Spannungen so nahestehe wie Richard Wagners „Meistersinger". Sie seien die Inkarnation unseres Volkstums schlechthin. Der Minister behandelte dann die kulturelle Auswirkung der deutschen Revolution, die eine völkische Revolution im besten Sinne des Wortes sei.

Diese Revolution auf den einfachsten Nenner zurückzuführen, das heißt nichts anderes, als den schrankenlosen, bis zum Exzeß gesteigerten Individualismus des vergangenen Jahrhunderts zu ersetzen durch ein volksmäßig gebundenes Denken und Empfinden, das nicht den einzelnen Menschen als Zentrum aller Dinge und Geschehnisse sieht, sondern das Volk in seiner Gesamtheit mit seinen stolzen und herrischen Forderungen an die Allgewalt des Lebens.

Jede große Kunst sei volksgebunden. Die Internationalität des künstlerischen Schaffens sei bedingt durch seine Bodenständigkeit. Adolf Hitler habe das durch folgenden Ausspruch deutlich gekennzeichnet:

„Je tiefer ein Baum seine Wurzeln in den heimatlichen Boden hineinsenkt, um so größer wird der Schatten sein, den er auch über die Grenzen wirft."

Wenn Richard Wagners Musik die ganze Welt eroberte, dann deshalb, weil sie bewußt und vorbehaltlos deutsch war und nichts anderes sein wollte. Er habe nicht umsonst das Wort geprägt, „deutsch sein, heiße, eine Sache um ihrer selbst willen tuen". Hier liegt sozusagen das Leitmotiv seines ganzen schöpferischen Gestaltens.

Minister Dr. Goebbels schilderte dann, wie im einzelnen das deutsche Leben in den „Meistersingern" sein Abbild erhalten hat. Niemals klinge der gelöste Aufschrei eines Volkes rauschender und hinreißender, als in den ersten siegreichen Akkorden des „Wacht auf"-Chores. Es ist eine stolze Genugtuung, die heute die Erben Richard Wagners erfüllen kann bei dem Bewußtsein, daß der Meister und sein Werk wohl geborgen sind im Schutze und in der Fürsorge einer Regierung und eines Volkes, dessen Führer im ersten Jahre der deutschen Revolution an der Stätte wagnerischen Wirkens weilte, um dem größten musikalischen Genius aller Zeiten seine demütigste Huldigung zu Füßen zu legen.

Möge der Geist dieser Ehrfurcht vor den Großen der Nation dem ganzen deutschen Volke niemals verloren gehen! Möge Deutschland nicht nur in Werken der Arbeit, sondern auch in Werken des Geistes und des künstlerischen Schaffens auch weiterhin und immerdar der Welt zeigen, daß es einen ehrenvollen Platz im Kreise der Nationen verdient! Das werde ihm um so leichter sein, je mehr es sich auf seine eigene Kraft besinnt und in ihr die eigentlichen Wurzeln seiner Gesundheit und seines unbesiegbaren Lebenswillens erkennt.

Ausweisung Deutscher aus Oesterreich

Wien, 7. August.

Der Chefkorrespondent der Scherlblätter, Christoph Schepky, und der Vertreter der Münchener Zeitung, Hermann Hönig, sind aus Oesterreich ausgewiesen worden.

Amerika erwache!

Von Gerald B. Winrod, Wichita, Kansas, U.S.A.

Ein amerikanischer Leser unseres Blattes hat sich die große Mühe gemacht, die Schrift von Winrod für den „Aufwärts" zu übersetzen. Obgleich uns die Sache für unsere Raumverhältnisse zu umfangreich war, hat uns die Lektüre doch so interessiert, daß wir annahmen, viele Leser werden die Abhandlung mit gleichem Interesse lesen. Die mit einiger Tendenz geschriebene Schrift gibt einen guten Einblick in die jetzigen amerikanischen Staatsverhältnisse. Wer die Sache im Zusammenhang lesen will, lege sich die Nummern der Zeitung zurück. Die Schriftleitung.

Ein bekannter Russe, der mit genauer Not mit seinem Leben aus seinem Lande entkam, als die Roten ihre Schreckensherrschaft begannen, sagt, daß gebildete Russen lachten über den Gedanken des Umsturzes ihrer Regierung bis zwei Tage vor diesem Ereignis. Amerika ist am Rande eines ähnlichen Abgrundes; Millionen unserer Bürger befinden sich in derselben Selbstzufriedenheit, in der die Russen waren bis zum Augenblick des roten Angriffes. Es ist Zeit, daß die christlichen Bürger aufgeschreckt werden aus ihrer Gleichgültigkeit.

Mitbürger, wir werden betrogen durch rote Propaganda von oben her. Der sogenannte Brain-Trust (Verband der Berater des Präsidenten) muß vertrieben werden aus Washington D. C. und mit ihm jeder Beamte, der rot befleckt ist. Mobilisiert die öffentliche Meinung durch den Stimmkasten! Fordert, daß die konstitutionelle Gewalt, die euren Vertretern im Kongreß gehört, sofort wieder hergestellt wird! Lasset euren öffentlichen Diener, den Präsidenten, wissen, daß ihr von ihm eine gründliche Hausreinigung erwartet. Gebrauchet das althergebrachte Mittel des Gebetes zu Gott!

John Knox betete: „Oh Gott, gib mir Schottland, oder ich sterbe!" und Königin Maria von Schottland erklärte, sie fürchte die Gebete dieses Mannes mehr als alle Heere Englands und Frankreichs.

Schreibt sogleich an den Präsidenten. Protestiert gegen die Diktatur, die er aufbaut in Washington im Gegensatz zu unserer Verfassung! Protestiert gegen die politische Anerkennung der atheistischen und barbarischen Regierung Rußlands!

Mitbürger, erwachet!

Kommunismus spielt ein feines Spiel. Sozialismus ist der erste Schritt zum Kommunismus. Die Linie des geringsten Widerstandes ist von Rosa zu Rot. Daß Amerika im Prozeß eines drastischen Wechsels der Regierungspolitik sich befindet, der die Auflösung unserer staatlichen Grundlagen einschließt, bezeugt die Tatsache, daß die öffentliche Sittlichkeit immer tiefer und tiefer sinkt.

So gewiß wie der Tag folgt auf die Nacht, so gewiß werden wir den Umsturz unserer gesamten gesellschaftlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Verfassung zusammen mit unserer demokratischen Regierungsform erleben, wenn nicht ein unmittelbares Erwachen unserer Bürgerschaft eintritt. Die Handschrift an der Wand ist unheilverkündend und unmißverständlich.

Kommende Ereignisse werfen ihren Schatten voraus. Weite, dunkle, rote, unheildrohende Schatten gehen aus vom Kapitol in Washington. Sie spiegeln wider die Gedankengänge der Volksmassen. Die Tatsache, daß solch ein großer Teil unserer Bürgerschaft hypnotisiert wird, zu glauben, daß ein Heilmittel für die Beschwerden der Nationen erwartet werden kann dadurch, daß das Land erst „rosa", dann „rot" wird, stellt einen ungeheuren Verrat durch Wirkung teuflischer Einflüsse dar.

Ein fast unglaublicher Wechsel hat stattgefunden in unserer Landesregierung seit dem 4. März. Der Umsturz geschah so plötzlich, daß seine weitreichenden Wirkungen von der öffentlichen Meinung noch nicht begriffen werden. Unter der Roosevelt-Verwaltung sind altbewährte Grundsätze und Regierungsweisen, die seit 150 Jahren jede Prüfung bestanden haben, plötzlich ersetzt worden durch gefährliche Versuche. Das Volk dachte, es hätte eine demokratische Regierung eingesetzt, aber nun ist es enttäuscht. Der New Deal (neues Verfahren) hat uns in ein Programm gestürzt, das nichts weniger ist als Sozialismus.

Die gegenwärtige politische Philosophie läßt ganz und gar festliegende Grundlagen vermissen. Sogar der oberste Beamte gab kürzlich über Radio zu, daß er ein Teil einer wechselnden Ordnung sei und daß er erwarte, seine Versuche seien nur 75 Prozent zur Zeit richtig. Einer seiner Bewunderer, der frühere Botschafter Richard Washburn Child, beschreibt des Präsidenten Politik: „Ich war gestern verkehrt, laßt uns morgen etwas anderes versuchen."

Franklin Delano Roosevelt hat sich umgeben mit einem Verbande von sogenannten Ueber-Intellektuellen — genannt Brain-Trust — unter dem Vorsitz einiger Universitäts-Professoren. Eine Prüfung dieser Gruppe bestätigt die Befürchtungen amerikanischer Bürger, die den Radikalismus in den leitenden Schichten verabscheuen.

Der Brain-Trust überschattet das Kabinett des Präsidenten. Kabinettsmitglieder haben nur noch zweitklassige Autorität. Sie sind nur Vorgesetzte von Abteilungen geworden, der Brain-Trust allein weiß, was der Präsident denkt, und der Brain-Trust gibt ihm diese Gedanken ein. Diese gelehrten Herren kontrollieren und lenken augenblicklich die Geschicke von 122 755 046 Amerikanern. Über dies haben sie ihre Unfähigkeit bewiesen, die großen Grundlinien zu achten und sich ihnen anzupassen, die von den früheren Gründern des Amerikanismus gelegt sind,

Französisch-englischer Schritt in Berlin

Italien macht nicht mit

Reuter meldet: „Die britische Botschaft in Berlin hat Anweisung erhalten, bei der Deutschen Regierung mündlich vorstellig zu werden wegen des Abwurfs nationalsozialistischer Flugblätter über Oesterreich aus deutschen Flugzeugen und gewisser Reden, die von deutschen Rundfunkstationen verbreitet wurden, und in denen die österreichische Bevölkerung aufgefordert wird, ihre gegenwärtige Regierung zu beseitigen. Diese Vorstellungen werden auf Grund der Präambel des Viermächtepaktes erhoben werden, da man der Auffassung ist, daß dieser Weg die freundschaftlichste Form bedeutet, um an die Deutsche Regierung heranzutreten."

Weiter wird in dieser Meldung behauptet, daß auch die französische und die italienische Regierung in der gleichen freundlichen Form vorgehen werden.

Inzwischen liegt dazu eine Erklärung der „Agenzia Stefani" vor, die klarstellt, daß Italien keine Demarche in Berlin unternommen hat.

Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Köster, hatte eine Besprechung mit dem Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amtes.

Paris kündigt die Ueberreichung der Noten für Montag an

— Paris, 6. August. Der größte Teil der Pariser Morgenpreisse geht noch immer von der Voraussetzung aus, daß der französische und englische Schritt in Berlin bereits im Laufe des Sonnabend nachmittag erfolgt seien. Der Quai d'Orsay hat erst am Sonntag eine Verlautbarung herausgegeben, in der darauf hingewiesen wird, daß der französische und englische Schritt wegen der Abwesenheit des Reichsaußenministers und Staatssekretärs von Bülow erst am Montag erfolgen werde.

Inzwischen verurteilt fast die gesamte französische Presse die Art, in der die Demarche erfolgt sei oder erfolgen werde. Man wirft der französischen Regierung vor, die ganze Angelegenheit von der verkehrten Seite angefaßt und sich, anstatt auf den Völkerbundspakt, auf den Viererpakt gestützt zu haben.

Gleichzeitig macht man Italien zum Vorwurf, durch sein eigenmächtiges Handeln einen großen Teil der Wirkung verhindert zu haben.

•

Italien warnt

Interventionsabsichten sind eine Verletzung des gegenseitigen Vertrauens.

Die Erörterungen in der französischen und in der englischen Presse, in denen von der Möglichkeit eines gemeinsamen Schrittes bei der deutschen Regierung wegen gewisser Vorgänge in Oesterreich gesprochen wurde, veranlaßten den Pariser Korrespondenten der vielgelesenen Turiner „Stampa" zu einer scharfen Ablehnung solcher Methoden, die nach dem Abschluß des Viermächtepaktes nicht mehr in die Zeit paßten.

Diplomatische Initiativen, Schritte, Proteste usw. seien Dinge, von denen man besser nicht leichtfertig spreche. Man lebe nicht mehr im Jahre 1922. Nach der Unterzeichnung des Viermächtepaktes genössen die vier Großmächte völlige Gleichberechtigung, und Verfahren, wie sie in früheren Jahren möglich waren, seien heute eine flagrante Verletzung des gegenseitigen Vertrauens und der gegenseitigen Achtung, die dem Pakt für Verständigung und Zusammenarbeit zugrunde lägen.

Daß die Unabhängigkeit Oesterreichs vor allen Gefahren gesichert werden müsse, sei ganz klar. Man dürfe aber nicht aus dem Auge verlieren, daß alle mit einem so großen europäischen Interesse zusammenhängenden Fragen in einer durchaus freundschaftlichen Atmosphäre geprüft, untersucht und gelöst werden müßten, wobei man sorgfältig darauf bedacht sein müsse, zu vermeiden, daß trübe und interessierte Einflüsse eine Meinung schüfen, deren einziges Ergebnis darin bestände, völlig überflüssige Verwicklungen hervorzurufen.

Der Mussolini-Pakt verlange sowohl von der Diplomatie als auch von der Presse nicht nur eine neue Gesinnung sondern auch eine neue Sprache.

Programm-Rede Hitlers

Arbeitsschlacht in drei Wellen

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Die Führertagung der NSDAP. nahm auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden ihren Fortgang. Im Mittelpunkt stand heute die große Rede, die der Führer vor den versammelten Reichsleitern und Gauleitern hielt. In seinen großangelegten dreistündigen Ausführungen, die sich mit der innerpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage befaßten, erinnerte der Führer einleitend daran, daß er hier an einer für die NSDAP. historischen Stätte spreche.

Hier in diesem Hause seien einst die Pläne entworfen worden zur ersten Erhebung der Partei im November 1923, die zwar noch nicht zum Erfolg geführt habe, aber dennoch für die Entwicklung der Bewegung von großer Bedeutung gewesen sei.

Wenn man damals nicht wenige Tage vor dem Losschlagen gehandelt hätte, wäre das Gesetz des Handelns auf die andere Seite übergegangen, was voraussichtlich das Ende des Reiches bedeutet hätte. Hier sei ferner der Zufluchtsort gewesen für viele Flüchtlinge der Bewegung, insbesondere auch für unseren unvergeßlichen Dietrich Eckart. Hier habe er später die Pläne zur Reorganisation der Partei gefaßt. Man sehe hier oben in den Bergen manches viel klarer als unten unter den Menschen, und auch in der Zeit, die er jetzt hier oben verbringe, würden wieder große Entschlüsse reifen.

Zur innenpolitischen Lage führte Adolf Hitler aus: Die letzten sechs Monate, die uns in den Besitz der gesamten Staatsgewalt gebracht hatten, seien die Rechtfertigung für sein Handeln im letzten Jahre gewesen, zugleich aber auch die Rechtfertigung für das Vertrauen, das die Führung in der unser demokratisches Regierungssystem zu einem Segen für ungezählte Millionen und zu einem Leitstern der Völker auf Erden gemacht hat.

Wenn sie noch nicht erfolgreich gewesen sind, so versuchen sie ohne Zweifel, eine Regierung in Washington einzusetzen, die man als sozialistische Diktatur bezeichnen kann. Viele von ihren Plänen ähneln den schrecklichen, gottlosen Versuchen, die in Rußland in den letzten Jahren gemacht worden sind.

Moley. Die „Chikago-Tribune" sagt: „Ganz Washington geht zur Schule bei den Professoren, um alles zu lernen über politische Wissenschaft und Wirtschaftslehre. Buchläden verkaufen ihre Bücher wie frische Brötchen. Welches sind die Mitglieder des Brain Trust? Der erste ist ohne Frage Professor Raymond Moley von der Columbia Universität (Neuyork). Er beherrscht eine Reihe von Amtsstellen im Departement of State, umgeben von einer Schar hübscher Sekretärinnen. Er befaßt sich mit dem ganzen Bereich der Regierungspolitik von den Beziehungen zum Auslande bis zu den fiskalen Angelegenheiten, von den Verfügungen über die Industrie bis zu den Einzelheiten der Steuerverfügungen. Man sagt: er ist mehr Staatssekretär als Staatssekretär Hull, mehr Schatzamtssekretär als Sekretär Woodin. Man schreibt ihm den Plan einer verfassungswidrigen Diktatur zu, demgemäß der Kongreß dem Präsidenten ungeheure Macht übertragen hat, um den Verwaltungszweig der Regierung umzugestalten und die wirtschaftliche Ordnung zu reorganisieren. Prof. Moley hat seine Philosophie dargestellt mit diesen Worten: „Wir sind dazu übergegangen, Gedanken und Maßnahmen zu entwickeln völlig außerhalb unseres Repräsentativ-Systems. Gesetzgebende Körperschaften werden dann Gummistempel werden, um Maßnahmen in Kraft zu setzen.

Fortsetzung folgt.

die Partei setze; aus diesem ergäben sich auch die Konsequenzen für die Gestaltung der Zukunft.

Senat der NSDAP

Der Führer ließ keinen Zweifel darüber, daß die Partei die Macht auch mit allen Mitteln zu verteidigen entschlossen sei. Ordnung im eigenen Haus sei das letzte hieran entscheidende. Auch für unsere Stellung in der Welt. Wesentlich sei, daß die Herrschaft im Staat von einer den Zufälligkeiten des Augenblicks entzogenen stabilen Institution garantiert werde. Unabhängig von Personen müsse daher die Macht der Bewegung für alle Zukunft gefestigt werden. Darum sei eine Organisation notwendig, die so geartet sei, daß sich aus ihr heraus die Führung immer wieder von selbst erneuere und ergänze. Die Partei werde auch ihre Führungshierarchie aufbauen in einem Senat der ältesten, bewährtesten und treuesten Parteigenossen. Sie müsse in ganz großen Zeiträumen denken, denn sie sei dazu berufen, das Leben des Volkes zu garantieren. Mitgliedschaft bei der Partei dürfe nicht Genuß, sondern könne nur Opfer bedeuten.

Diese heroische Idee der Bewegung aber müsse das ganze Volk beherrschen. Es müsse Wert darauf gelegt werden, allmählich eine Tradition der Bewegung zu schaffen. Schon aus diesem Grunde werde die Leitung der Bewegung für immer in München bleiben, ebenso wie die Parteitage auch für die Zukunft, und zwar alle zwei Jahre, in Nürnberg abgehalten werden sollen. Aus der inneren Ehrfurcht vor dieser Tradition und dem Geleisteten würden der Bewegung für die Zukunft unerhörte Kräfte erwachsen.

In seinen Ausführungen über die wirtschaftlichen Probleme ging der Führer insbesondere auf den Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit ein, dessen Durchführung die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre sei. Dieser Generalangriff vollziehe sich in drei großen Wellen.

Die erste Welle in den bisherigen sechs Monaten habe zwei Millionen Arbeitslose von der Straße geschafft, die zweite Welle, die ab September beginne, und für die die materiellen und finanziellen Unterlagen sichergestellt seien, habe das Ziel, die im Sommer erreichten Erfolge zahlenmäßig im Winter mindestens zu halten. Die dritte Welle des Angriffs werde im nächsten Frühjahr beginnen und die Arbeitslosigkeit weiter in entscheidender Weise zurückdrängen. Er sei fest überzeugt, daß ein endgültiger Erfolg gegen die Geißel der Arbeitslosigkeit inerhalb der nächsten Jahre zu verzeichnen sein werde.

Aus der Lösung des Arbeitslosenproblems, mit dem unsere weltanschaulichen Gegner nicht fertig geworden seien, würde die NSDAP. einen ungeheuren Gewinn an Autorität ziehen, einer Autorität, wie sie noch kein Regiment vor uns besessen habe.

Wenn wir das Problem der Arbeitslosigkeit endgültig gelöst haben würden, dann kämen wir damit zugleich auch zu einer nationalsozialistischen Auffassung der Arbeit selbst, zum nationalsozialistischen Grundsatz, daß der Staat nicht dazu da sei, Renten auszuteilen, sondern Arbeitsmöglichkeiten. Wenn man bedenke, in welchem Zustand sich die Nation befinden könnte, wenn sie die ungeheuren brachliegenden Arbeitskräfte (jährlich 9 Milliarden Arbeitsstunden) praktisch für unser Volk verwertet hätte, dann könne man ermessen, was diejenigen verschuldet hätten, die vor uns regierten. Die NSDAP. werde diese entscheidende Frage anfassen und lösen, weil sie eine ethische Verpflichtung sei.

Der Führer sprach zum Schluß seinen Mitkämpfern Dank aus für die geleistete Arbeit. Wenn die alte Garde ihren Bund mit ihm für alle Zukunft so aufrechterhalte, wie in der Zeit des bisherigen Kampfes, dann werde auch der Erfolg in der Zukunft so sein, wie er bisher gewesen sei. Daß wir die Macht besäßen, sei wunderbar, doch noch wunderbarer sei es, daß wir auch das Herz des Volkes besäßen. In die kommende Zeit hinein gehe er mit einem unerhörten Gefühl der Zuversicht und des Vertrauens.

Der Schluß der Tagung vereinte die Teilnehmer zu einem Beisammensein im Hause des Führers.

Kulakenschicksal.

Von Dr. P. R. Koschuttnig.

Mehr denn je steht heute das Schicksal tausender deutscher Kolonisten, die an der Wolga oder sonst irgendwo in Rußland von den Zaren als Musterlandwirte angesiedelt worden waren, im Vordergrund. Durch ihre Tüchtigkeit haben es diese deutschen Bauern zu einem besonderen Wohlstand gebracht, — bis sie vor zwei Jahren von den Sowjetbehörden hart bedrängt wurden und teilweise an die Grenze der westlichen Nachbarn der Sowjetunion flüchteten. Wir kennen das Schicksal derjenigen, die in das ersehnte deutsche Land gelangten, wie derjenigen, die man in Treibjagden wieder einfing und in den russischen Norden verschickte oder die von den GPU-Leuten erschossen wurden; wir kennen es nur zu gut, um es hier noch einmal schildern zu müssen. Die Glücklicheren von ihnen fanden eine zweite Heimat bei ihren mennonitischen Glaubensbrüder in Kanada oder in Paraguay, dort im Gran Chaco . . .

Der weitaus größte Teil der Wolgadeutschen blieb in der „russischen Heimat" und versuchte sich notgedrungen in das sowjetistische Wirtschaftssystem einzuordnen. Es gelang ihnen, die an eine größere Freiheit und vor allem an den Nutzen ihrer überragenden Arbeitsleistung gewöhnt waren, viel schwerer als den Russen. Spannungen zwischen den „Kulaken" und den Sowjetbehörden, herausgefordert durch die schematische Anwendung bolschewikischer Verwaltungsmethoden und durch die besonders harte Drangsalierung der widerspenstigen Wohlhabenden, machen ihnen das Leben zur Qual. Der Kriegszustand zwischen den ungleich starken Parteien besteht fort und fordert seine Opfer; sie werden geleistet in Gut, Freiheit, Gesundheit und Leben.

Immer neue Gelegenheiten schüren den schwelenden Brand, so daß er, wenn auch nicht zu einer allgemeinen Feuersbrunst, so doch bald in diesem Dorfe, bald in jener Landschaft zu züngelnden Flammen emporschlägt. Der eisenbeschlagene Stiefel der GPU tritt die Flammen gründlich aus, den Freiheitsdrang der deutschen Bauern kann er nicht austreten. So hat Stalin bekanntlich vor nicht langer Zeit verordnet, daß ein Teil der Getreideernte von den Bauern wieder dem freien Handel zugeführt werden könne; — auf diese Art und Weise soll die Wirtschaft neu belebt, zu einem stärkeren und größeren Anbau angereizt werden. Um nicht weiter zu verelenden, haben daraufhin sofort die deutschen Bauern begonnen, den freien Teil ihrer Ernte zu verkaufen. Bei den kommunistischen kleinen Unterbeamten saß jedoch der Haß gegen die Deutschen als die „Herren des Landes", der eingefleischte Neid gegen die wirtschaftlich Tüchtigeren tief. Im weiten Rußland war es nie ein Kunststück, Verbrechen zu konstruieren, und unter dem Sowjetstern ist es leichter denn je. So machte man aus dem berechtigten Getreideverkauf der wolgadeutschen Bauern „Widerstand gegen den Bolschewismus" und „Diebstahl am Kollektivgut". Das ist oft genug geschehen. Vor nicht langer Zeit sind wegen eines solchen „Verbrechens" zwei deutsche Bauern zum Tode, drei zu Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren verurteilt worden. Die Opfer einer Straferpedition der GPU gegen Wolgadeutsche werden von einer so zuverlässigen Zeitung, wie es die „Deutsche Rundschau" in Polen (Bromberg) ist, mit rund hundert angegeben.

Die Geduld der deutschen Bauern ist auf eine harte Probe gestellt, sie wird nicht immer bestanden. An der unteren Wolga haben die GPU-Leute Flugzettel entdeckt, die in deutscher Sprache abgefaßt waren und zu einem bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetbehörden aufforderten. Im Gouvernement Samara ist es in der Tat zu bewaffneten Aufständen gekommen mit Deutschen an der Spitze, denen sich russische und tartarische Bauern angeschlossen hatten. Die Behörden sandten Soldaten in das Gebiet, den Aufstand niederzuschlagen; sie wurden von den Bauern entwaffnet; Gemeindehäuser wurden niedergebrannt. Tscheka wurde eingesetzt, mehrere Tschekisten fanden den Tod. Der Aufstand breitete sich auch auf andere Gebiete aus. Teile des Landes wurden unter Belagerungszustand gesetzt. Die G. P. U. hielt ein furchtbares Blutgericht. Nach zuverlässigen Nachrichten betrug an der Eisenbahnlinie Krassny Kut die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung an zweihundert Tote und Verletzte; aber auch die Tscheka hatte vierzig Mann Verluste. Auf der Station Urbach sind von der Tscheka neunzig deutsche Bauern erschossen worden. Innerhalb zweier Monate sind allein in Prokowskaya Sadowa und Saratow hundertzehn Männer, sieben Frauen und gar fünf Schülerinnen, alles Deutsche, erschossen worden. Bei Saratow ist die G. P. U. sogar mit Artillerie gegen die deutschen Kolonisten vorgegangen. Tausende von Deutschen haben Haus und Hof verlassen und halten sich in den Steppen und Wüsten von Astrachan versteckt. Ihre Felder sind nicht abgeerntet worden, teilweise versault das Getreide auf den Garben, weil sich die Bauern nicht in ihre Dörfer zurücktrauen.

Umfassende Berichte über die Straferpedition der G. P. U. sind schwer zu erlangen, da die Sowjetbehörden um das ganze Geschehen einen dichten Schleier ziehen. Die russische Presse darf nicht über die Vorkommnisse berichten, höchstens das, was ihr von amtlicher Seite zugeleitet wird, und das ist nicht viel. Aber die Wahrheit sickert doch durch. Werden z. B., wie es geschehen ist, die Eisenbahnlinien von Saratow nach Uralsk und von Orenburg nach Samara unter Belagerungszustand gesetzt, so kann das nicht geheim bleiben. Jeder, der denken kann, sagt sich, daß so etwas nicht geschieht, weil dort große Verbrüderungsfeste gefeiert werden.

Die meisten der zurückgebliebenen Deutschen beneiden ihre glücklichen Brüder, die vor zwei oder mehr Jahren nach Deutschland entkommen konnten, um ihr gnädiges

Schicksal. Sie können nicht auswandern, weil die G.P.U. ihre Wege versperrt; sie müssen ausharren in ihrem harten Schicksal. Die Not und die Bedrückung bringt manche zu Taten der Verzweiflung, die sie bitter büßen müssen. Sie alle hoffen auf ein Ende der Sowjetherrschaft, auf ein plötzliches Ende oder auf allmählichen Zerfall der Sowjetmacht von ihrem angekränkelten Kern aus....

Aufmarsch der SA

Hitlers Geist muß Deutschland durchdringen.

Der erste Aufmarsch der Berliner und Brandenburger SA. vor Stabschef Roehm, die aus einem kleinen Grüppchen in kürzester Zeit auf weit über 100 000 Mann angewachsen ist, gestaltete sich zu einer großen Heerschau. Trotz der frühen Morgenstunden waren die Anmarschstraßen dicht von Menschen besetzt. Ueberall grüßten Fahnen die Kolonnen der nationalen Erhebung. Unaufhörlich brachten Lastautos und Sonderzüge neue Abteilungen nach Berlin.

Als gegen ½9 Uhr der Zug mit den sechs alten ruhmgekrönten Standarten vor der auf dem Tempelhofer Feld errichteten und bereits dicht gefüllten Ehrentribüne aufmarschierte, stand das Feld schon in vorgesehener Ordnung. Unter den Ehrengästen bemerkte man neben führenden Männern der Partei und der SA. Staatssekretär Grauert, Standartenführer Menthe als Vertreter des Ministerpräsidenten Göring, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, General von Kluge, Generalleutnant von Fritsch, General von Rundstädt, den bolivianischen Gesandten Anze Soria, den Militärattaché von Ungarn, Oberstleutnant Wecke von der Abteilung z. b. V., den Stabsleiter des Stahlhelm, Major a. D. von Montdidier, Vertreter der Nationalsozialistischen Parteien Oesterreichs, Rußlands, Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Hollands sowie den ersten Vorsitzenden des Kyffhäuserbundes, General von Horn.

Mit einem Heilruf auf den Führer beginnt der Generalappell. Die Musik intoniert das Niederländische Dankgebet, das von den Massen mitgesungen wird. Dann spricht Pfarrer Tausch über das Bibelwort: „Gott sei Dank, daß er uns den Sieg gegeben hat." Das Vaterunser, von allen entblößten Hauptes mitgesprochen, und das Lied „Ein feste Burg" beschlossen den Feldgottesdienst.

Ehrung der Gefallenen

Gruppenführer Ernst kommandiert „Stillgestanden!" und gedenkt der Männer, die für die deutsche Freiheitsbewegung auf dem Berliner Asphalt ihr Blut vergossen haben. Er ruft die Namen der 39 Gefallenen der Gruppe Berlin auf, und bei jedem Namen antwortet die Armee der Hunderttausend mit „Hier"; ein ergreifender, ja, ein erschütternder Augenblick. In tiefem stummen Ernst lauschen die Tausende und aber Tausende der Zuschauer.

Im Anschluß an die Ehrung der Gefallenen legten etwa 10 000 SA.-Anwärter ihr Treugelöbnis ab. Gruppenführer Ernst richtete eine kurze Ansprache an die Anwärter und ermahnte sie zur Treue zum Vaterland und zum Führer Adolf Hitler. Die alte Garde werde es nicht dulden, daß das reine Gedankengut der Sturmabteilungen durch neu Hinzugekommene etwa verwässert werde. Danach verlas Gruppenführer Ernst das feierliche Bekenntnis des SA.-Mannes, das von den SA.-Anwärtern nachgesprochen wurde.

Die Sturmbanne 4, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 17 und der brandenburgische Sturmbann 205 wurden zu selbständigen Standarten erhoben.

Nach dem Gruppenführer nahm Obergruppenführer Heines, der frühere Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg das Wort und zollte der Treue der SA. Anerkennung. „Eure Treue", so beendete er seine Ansprache, „hat den Sieg erobert. Heute stehe ich als Obergruppenführer vor Euch und freue mich über das, was aus dem kleinen Haufen von damals geworden ist.

Wir wissen, warum wir heute zu dem großen Appell angetreten sind, nicht um ein rauschendes Fest zu feiern, nicht um zu paradieren, sondern wir stehen hier, um der Welt zu sagen, daß eine neue Generation da ist, die den Frieden will, aber einen deutschen Frieden."

Stürmischer Jubel brandete dem Stabschef Roehm bei seiner Ankunft entgegen. In seiner Ansprache an die SA. führte

Stabschef Roehm

u. a. aus:

Wenn ich heute vor 100 000 Männern dieser stolzen Gruppe Berlin-Brandenburg stehe, so möchte ich aussprechen, daß es mit das Verdienst jedes einzelnen schlichten, einfachen SA.-Mannes ist, wenn heute ein anderes Deutschland der Welt gegenübersteht.

In Berlin, im Brennpunkt des Kampfes, so betonte Stabschef Roehm, sei ein jeder an der Klinge gewesen, habe die SA. die größte Last des Kampfes und der Verantwortung getragen. Eine neue Etappe des Kampfes liege vor uns. Auch in diesem Abschnitt müßten wir die gleichen einfachen, schlichten Kämpfer bleiben, die wir gewesen sind.

Heute handelt es sich darum, diesen SA.-Geist, der Deutschland gewandelt hat, bis in die letzte Schicht des Volkes hineinzutragen. Ganz Deutschland muß von diesem Geist durchdrungen und erfüllt werden.

So ist es Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Truppe die gleiche bleibt wie vorher, getragen von den Idealen unserer Weltanschauung, von dem Glauben zum Führer und von der Zuversicht, daß Deutschland nationalsozialistisch sein muß, wenn es im Rate der Völker seine Stimme haben soll. Nicht darum handelt es sich, daß nach außen ein großer Eindruck erweckt wird, sondern darum, daß der einzelne

tapfer, treu, schlicht und einfach

daß er Kämpfer und Soldat bleibt. Wenn wir heute nach wenigen Monaten der Revolution vielleicht da und dort noch Verhältnisse sehen, die uns Soldaten nicht passen, so wollen wir das Vorbild und das Beispiel geben, daß diese Verhältnisse sich grundlegend ändern.

Ich habe die Forderung gestellt und den Befehl an die unterstellten Führer gegeben, daß alle die Angehörigen der SA., die dieses Geistes nicht sind, aus unseren Reihen ausgeschieden werden müssen. Wir wollen unsere Reihen rein halten.

Es dürfen nur wirkliche deutsche Männer mit deutschem soldatischem Geist, mit revolutionärem Kampfgeist, in unseren Reihen stehen.

Die SA. ist trotz Verbot, trotz Terror, trotz Unterdrückung und Verleugnung, trotz allem, was undeutsch war in Deutschland, gewachsen, erstarkt und groß geworden; sie hat die Geschicke Deutschlands gewandelt.

Wer aber meint, die Aufgabe der SA. sei erfüllt, muß sich damit abfinden, daß wir da sind und da bleiben werden. Der Führer hat uns die Aufgabe gestellt, Garanten der Revolution zu sein, und wir werden sie erfüllen. Die braune Armee wird dafür sorgen, daß Adolf Hitlers Geist in ganz Deutschland bis in die letzte Hütte seinen Einzug hält. In dieser Stunde geloben die hier aufmarschierten Kämpfer, die sich geschworen haben, auf Tod und Leben zusammenzuhalten, nicht von der Stelle zu weichen und ihrem Führer die Treue zu halten bis zum Tode. Wir geloben, daß wir als Hitlers Soldaten die Bannerträger sein und bleiben werden, daß wir diesen Sieg noch so ausbauen, daß wirklich das nationalsozialistische Deutschland ein für allemal der Welt gegenüberstehen wird."

Stabschef Roehm schloß seine Rede mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer und die SA.

Besichtigung und Vorbeimarsch.

Nach der ersten Strophe des Horst-Wessel-Liedes begann die Besichtigung der Formationen, der 6 Brigaden der Gruppe Berlin-Brandenburg. Stabschef Roehm, Obergruppenführer Heines, Gruppenführer Ernst, Gruppenführer Reiner und Stabsführer Sander, sowie der Wehrkreiskommandeur III, Freiherr von Fritsch, der als Gast dazu geladen war, stiegen zu Pferde und ritten die Fronten der Formationen ab.

Diese Besichtigung nahm fast drei Stunden in Anspruch, da Stabschef Roehm sich immer wieder bei den Formationsführern nach ihren Leuten erkundigte und viele alte Kämpfer begrüßte. Die einzelnen Standartenkapellen spielten beim Erscheinen des Stabschefs Roehm und seiner Begleitung den Präsentiermarsch.

Nach der Besichtigung richtete Stabschef Roehm nochmals eine kurze Ansprache an die SA. Die SA.-Männer, vom einfachsten bis hinauf zum Führer, blieben Kameraden bis zum Tode.

Dann zogen die braunen Kolonnen an ihrem Stabschef vorüber. Der Vorbeimarsch zog sich bis in die Nachmittagsstunden hin, obwohl die Formationen in Zwölferreihen vorbeidefilierten, selbst noch in den Abendstunden erklangen die lustigen Marschweisen der abziehenden Kolonnen.

Sofort nach dem Vorbeimarsch wurden die sechs Standarten der SA.-Gruppe Berlin-Brandenburg wieder in geschlossenem Zuge zum Gruppengebäude in der Voßstraße gebracht. Der Zug wurde geführt von der Schalmeienkapelle Horst Wessel, die den Vorbeimarsch vor dem Stabschef Roehm eröffnete. Dann folgte der Stab der Gruppe Berlin-Brandenburg, kenntlich durch den roten Mützeneinsatz, danach die Stabswache Göring. Der Marsch ging über Belle-Alliance-Straße, Wilhelmstraße und Voßstraße zum Gruppengebäude.

Kranzniederlegung am Reichsehrenmal.

Nach Beendigung des Aufmarsches legte Gruppenführer Ernst am Reichsehrenmal Unter den Linden einen Kranz nieder.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde Ministerialdirektor Dr. Streil auf seinen Antrag in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Landesbischof Müller

Die Neuordnung in der altpreußischen Landeskirche.

Ueber die Wahl des Wehrkreispfarrers Müller zum preußischen Landesbischof wird kirchenamtlich mitgeteilt:

„Der Kirchensenat wählte den Wehrkreispfarrer Ludwig Müller in Königsberg i. Pr. zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates. Der Präsident Müller führt zugleich die Amtsbezeichnung Landesbischof.

Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates Ludwig Müller ist an Kollegialbeschlüsse des Evangelischen Oberkirchenrates nicht gebunden. Er ist berechtigt, Befugnisse des Evangelischen Oberkirchenrates selbständig auszuüben.

Der Kirchensenat überträgt bis zu seiner nächsten Sitzung seine Befugnisse auf seinen Vorsitzenden."

Durch diesen Beschluß des Kirchenrates tritt zum ersten Male in der Geschichte der altpreußischen Union an die Spitze der Verwaltung der größten deutschen Landeskirche ein Geistlicher, der die Amtsbezeichnung Landesbischof führt. Während bisher die Entscheidungen im Evangelischen Oberkirchenrat durch Kollegialbeschlüsse getroffen wurden, die durch Abstimmung der hauptamtlichen Mitglieder zustande kamen, werden nunmehr dem Präsidenten stärkere selbständige Befugnisse eingeräumt. Der Kirchensenat, der etwa 35 Mitglieder zählt, hat seine Befugnisse auf seinen Vorsitzenden, Präses D. Winckler, übertragen.

Abkehr von Europa.

Washington wendet sich Südamerika zu,

Hull bei Roosevelt.

— Washington, 6. August. In Hydepark, dem Sommersitz Roosevelts, fand am Sonntag die angekündigte Konferenz zwischen Präsident Roosevelt und Staatssekretär Hull statt. Sie hinterließ den Eindruck, daß die amerikanische Regierung eine Fortführung der Londoner Konferenz als hoffnungslos ansieht und, falls die Konferenz noch einmal zusammentreten sollte, die Teilnahme ablehnen wird. Präsident Roosevelt legt jetzt den Vorbereitungen für die panamerikanische Konferenz, die im Dezember in Montevideo stattfinden wird, das größte Gewicht bei. Durch diese Interessenverschiebung von Europa nach Südamerika erhofft Roosevelt die Eröffnung neuer Märkte für die Vereinigten Staaten. Das Staatsdepartement hat zu diesem Zweck bereits eine Sonderabteilung eingerichtet und Verhandlungen mit Argentinien, Brasilien und Columbien aufgenommen.

Die zwischen Hull und Moley bestehenden Differenzen sind von Präsident Roosevelt beigelegt worden, indem der Präsident dem Staatssekretär Hull versicherte, daß er auch fernerhin sein ungetrübtes Vertrauen besitze. Es verlautet jedoch, daß sich Roosevelt die Festlegung des amerikanischen außenpolitischen Kurses vorbehalten habe.

Staatssekretär Hull ist nach Washington weitergefahren.

Französischer Ozeanflug

Die französischen Flieger Codos und Rossi sind von Neuyork nach Osten abgeflogen. Sie beabsichtigen Paris zu überfliegen und wollen versuchen, den Rekord für die lange Strecke zu schlagen. Die Landung soll erst erfolgen, wenn der mitgenommene Brennstoffvorrat, der etwa 2000 Liter beträgt, vollständig erschöpft ist.

*

Die französischen Ozeanflieger über Paris.

Paris, 6. August. Die beiden französischen Ozeanflieger Rossi und Codos haben um 20,30 Uhr den Pariser Flughafen Le Bourget überflogen und ihren Flug fortgesetzt.

*

An München vorbei?

— München, 6. August. Die französischen Ozeanflieger Rossi und Codos teilten durch Funkspruch dem Münchener Flughafen mit, daß sie kurz nach 24 Uhr über München eintreffen und von dort nach Wien weiterfliegen würden. Bis gegen zwei Uhr wurden die Flieger jedoch nicht gesichtet, obwohl eine besondere Wache aufgestellt worden war. Man nimmt an, daß die Flieger von Straßburg kommend etwas zu weit nördlich geflogen sind, so daß sie von München aus nicht beobachtet werden konnten.

Statt besonderer Anzeige.

Heute morgen 6 Uhr ging nach schwerer Krankheit unsere liebe, treusorgende Mutter, meine gute Schwiegermutter

Wwe. Auguste Hünerhoff

geb. Struck

im 57. Lebensjahre in Frieden heim. Unerwartet schnell folgte sie unserem lieben Vater und unserer lieben Schwester.

In tiefem Schmerz:

Walter Hünerhoff und Frau
Marie geb. Kasiske
Heinrich Hünerhoff
Wilhelm Hünerhoff

Bethel-Bielefeld, Rheine i. W., 5. Aug. 1933.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. August, nachmittags 3 Uhr von der Zionskirche, Bethel, aus statt.

Nach wochenlanger Ungewißheit ging uns die Nachricht zu, daß unser lieber Sohn und Bruder

Gustav Schmidt

am 4. Juli im Alter von fast 25 Jahren den Tod gefunden hat.

Wwe. Gustav Schmidt
Lina Schmidt
Margarete Schmidt
Artur Schmidt
Elisabeth Schmidt

Wuppertal-Barmen, im August 1933.

Pfarrertochter, 40 Jahre alt, alleinstehend, im ganzen Hauswesen erfahren, sucht in einem gebildeten, christlichen, frauenlosen Hause

Wirkungskreis

in dem sie fröhlich arbeiten möchte. Angebote an: **Elisabeth Hahn, Adenbüttel, Post Meine, Kreis Gifhorn.**

Chauffeur

Junger Mann, gel. Maschinenschlosser, mit Führerschein Kl. I und III, nüchtern und gewissenhaft, sucht Stelle als Chauffeur. Gefäll. Angebote unter A 3485 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Dienstag 8¼ Uhr wichtige Mitgliederversammlung. Bericht über die Führertagung in Barmen (Kley-Händler).

— **Weihnachtspakete** für Usambara und Bukoba bitten wir, uns rechtzeitig ins Missionshaus zu senden, und zwar **für Bukoba bis spätestens 25. August, für Usambara bis spätestens 30. September.** Zu jedem Paket ist ein Inhaltsverzeichnis mit Wertangabe der einzelnen Gegenstände (nicht zu hoch) erforderlich.

Die Missionsverwaltung.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.